

CONV 647/03

**VERMERK**

---

des                      Präsidiums  
für                      den Konvent

---

**Betr.:                      Teil III: Allgemeine und Schlussbestimmungen**

---

**TEIL III: ALLGEMEINE UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN**

**Inhalt:**

- Seite 2:     Die Hauptelemente
- Seite 3:     Tabelle: Teil III: Die vorgeschlagenen Artikel mit den allgemeinen und Schlussbestimmungen im Vergleich zu den geltenden Verträgen
- Seite 4:     Die Artikel
- Seite 8:     Die Artikel mit Anmerkungen

## DIE HAUPTELEMENTE

Einige der im vorliegenden Text enthaltenen Bestimmungen entsprechen den bereits bestehenden allgemeinen und Schlussbestimmungen der geltenden Verträge, andere Bestimmungen wurden entweder neu eingefügt, um dem Umstand Rechnung zu tragen, dass die Verfassung an die Stelle der derzeitigen Verträge treten soll, oder gegenüber den bereits bestehenden Bestimmungen abgewandelt.

- Mit Artikel A sollen die geltenden Verträge aufgehoben werden; in ihm werden die wichtigsten Verträge genannt, die durch die Verfassung aufgehoben werden, wobei auf eine vollständige Liste verwiesen wird, die von der Regierungskonferenz noch auszuarbeiten ist und in der die Verträge und Rechtsakte zur Änderung des EGV und des EUV aufgeführt werden sollen. Da es sich um eine technische und vollständige Liste handeln würde, bietet sich eine solche Bezugnahme an.
- Bei Artikel B handelt es sich um eine neue Bestimmung, in der geregelt werden soll, dass die neue Einheit "Europäische Union" die Rechtsnachfolge der Europäischen Gemeinschaft und der alten Europäischen Union antritt.
- In Artikel C soll der Geltungsbereich des Verfassungsvertrags festgelegt werden. Es handelt sich um eine bereits bestehende Bestimmung des EGV, die auf die Europäische Union übertragen wurde.
- In Artikel D wird bestätigt, dass die regionalen Zusammenschlüsse zwischen Belgien, Luxemburg und den Niederlanden im Einklang mit der Verfassung stehen.
- Artikel E betreffend die Protokolle entspricht einer derzeit geltenden Bestimmung.
- In Artikel F wird das Verfahren zur Änderung des Verfassungsvertrags festgelegt. Das vorgeschlagene Verfahren entspricht dem Verfahren gemäß Artikel 48 EUV. Der Konvent kann allerdings andere Alternativen prüfen, wenn er dies wünscht, und zwar insbesondere das Verfahren, das derzeit bei der Ausarbeitung der Verfassung angewandt wird.
- In Artikel G wird das Verfahren für die Ratifikation und das Inkrafttreten des Verfassungsvertrags festgelegt. Das vorgeschlagene Verfahren deckt sich mit dem geltenden Verfahren des Artikels 52 EUV. Das bedeutet, dass der Verfassungsvertrag nur in Kraft treten kann, wenn er von allen Mitgliedstaaten, die ihn unterzeichnet haben, ratifiziert worden ist. Das Präsidium schlägt dieses Verfahren vor, da es der derzeitigen Rechtslage entspricht, nach der die geltenden Verträge nur mit Zustimmung aller Mitgliedstaaten, die Vertragsparteien sind, aufgehoben werden können. Gleichwohl wird vorgeschlagen, einen neuen Absatz anzufügen, in dem für den Fall, dass der Vertrag von einem oder mehreren Mitgliedstaaten nicht ratifiziert wird, festgelegt wird, dass der Europäische Rat die politischen Folgen ermessen soll.
- Die Artikel H und I über die Geltungsdauer des Verfassungsvertrags bzw. über die Sprachen, in denen er abgefasst sein wird, entsprechen den diesbezüglichen Bestimmungen in den geltenden Verträgen, mit den notwendigen Anpassungen zur Berücksichtigung der neuen Beitritte.

**TABELLE: TEIL III: DIE VORGESCHLAGENEN ARTIKEL MIT DEN ALLGEMEINEN UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN IM VERGLEICH ZU DEN GELTENDEN VERTRÄGEN**

	Neuer Artikel	Artikel, die Bestimmungen der geltenden Verträge teilweise oder mit beträchtlichen Änderungen übernehmen	Artikel, die in leicht abgeänderter Form oder unverändert aus den geltenden Verträgen übernommen wurden
<u>Artikel A</u> : Aufhebung der früheren Verträge	✓		
<u>Artikel B</u> : Rechtliche Kontinuität im Verhältnis zur Europäischen Gemeinschaft und zur Europäischen Union	✓		
<u>Artikel C</u> : Geltungsbereich		✓	
<u>Artikel D</u> : Regionale Zusammenschlüsse			✓
<u>Artikel E</u> : Protokolle			✓
<u>Artikel F</u> : Verfahren zur Änderung des Verfassungsvertrags		✓	
<u>Artikel G</u> : Annahme, Ratifikation und Inkrafttreten des Verfassungsvertrags		✓	
<u>Artikel H</u> : Geltungsdauer			✓
<u>Artikel I</u> : Sprachen			✓

**N.B.** In den Anmerkungen in Teil IV wird erläutert, inwieweit die Artikelentwürfe auf einem oder mehreren der geltenden Artikel beruhen und gegebenenfalls welche Änderungen vorgenommen bzw. welche neuen Passagen eingefügt wurden. Genauereres darüber, auf welche Bestimmungen sich die neuen Artikel stützen, ist diesen Anmerkungen zu entnehmen.

## **TEIL III: ALLGEMEINE UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN**

### **DIE ARTIKEL**

#### **Artikel A: Aufhebung der früheren Verträge**

Am Tag des Inkrafttretens des Verfassungsvertrags werden der Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft vom 25. März 1957, die Einheitliche Akte vom 17. Februar 1986, der Vertrag über die Europäische Union vom 7. Februar 1992 sowie der Vertrag von Amsterdam vom 2. Oktober 1997 und der Vertrag von Nizza vom 26. Februar 2001 aufgehoben. Ferner werden die im Anhang genannten Rechtsakte und Verträge aufgehoben.

#### **Artikel B: Rechtliche Kontinuität im Verhältnis zur Europäischen Gemeinschaft und zur Europäischen Union**

Die Europäische Union tritt die Rechtsnachfolge der Europäischen Gemeinschaften und der Union in allen ihren internen und aus internationalen Übereinkommen erwachsenden Rechten und Pflichten an, die sich vor Inkrafttreten des Verfassungsvertrags aus den früheren Verträgen, Protokollen und Rechtsakten ergeben haben; sie übernimmt ferner das gesamte Aktiv- und Passivvermögen der Gemeinschaften und der Union sowie deren Archive.

Die Bestimmungen der Rechtsakte der Organe der Union, die aufgrund der in Absatz 1 genannten Verträge und Rechtsakte angenommen wurden gelten weiter, soweit sie mit der Verfassung in Einklang stehen. Die Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften ist weiterhin maßgeblich für die Auslegung der Verfassung und der vor ihrem Inkrafttreten angenommenen Rechtsakte.

#### **Artikel C: Geltungsbereich**

(1) Der Verfassungsvertrag gilt für das Königreich Belgien, das Königreich Dänemark, die Bundesrepublik Deutschland, die Hellenische Republik, das Königreich Spanien, die Französische Republik, Irland, die Italienische Republik, das Großherzogtum Luxemburg, das Königreich der Niederlande, die Republik Österreich, die Portugiesische Republik, die Republik Finnland, das Königreich Schweden und das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland und ...

(2) Der Verfassungsvertrag gilt gemäß Artikel ... des Teils II für die französischen überseeischen Departements, die Azoren, Madeira und die Kanarischen Inseln.

(3) Auf die überseeischen Länder und Hoheitsgebiete, die in [Anhang II des EGV] aufgeführt sind, findet die im [vierten Teil des EGV] Teil des Verfassungsvertrags festgelegte besondere Assoziierungsregelung Anwendung.

Der Verfassungsvertrag findet keine Anwendung auf die überseeischen Länder und Hoheitsgebiete, die besondere Beziehungen zum Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland unterhalten und die in dieser Liste nicht aufgeführt sind.

- (4) Der Verfassungsvertrag findet auf die europäischen Hoheitsgebiete Anwendung, deren auswärtige Beziehungen ein Mitgliedstaat wahrnimmt.
- (5) Der Verfassungsvertrag findet entsprechend den Bestimmungen des Protokolls Nr. 2 zur Akte über die Bedingungen des Beitritts der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden auf die Ålandinseln Anwendung.
- (6) Abweichend von den vorstehenden Absätzen gilt:
- a) Der Verfassungsvertrag findet auf die Färöer keine Anwendung.
  - b) Der Verfassungsvertrag findet auf die Hoheitszonen des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland auf Zypern keine Anwendung.
  - c) Der Verfassungsvertrag findet auf die Kanalinseln und die Insel Man nur insoweit Anwendung, als dies erforderlich ist, um die Anwendung der Regelung sicherzustellen, die in dem am 22. Januar 1972 unterzeichneten Vertrag über den Beitritt neuer Mitgliedstaaten zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zur Europäischen Atomgemeinschaft für diese Inseln vorgesehen ist.

#### **Artikel D: Regionale Zusammenschlüsse**

Dieser Verfassungsvertrag steht dem Bestehen und der Durchführung der regionalen Zusammenschlüsse zwischen Belgien und Luxemburg sowie zwischen Belgien, Luxemburg und den Niederlanden nicht entgegen, sofern die Ziele dieser Zusammenschlüsse durch die Anwendung dieses Verfassungsvertrags nicht erreicht sind.

#### **Artikel E : Protokolle**

Die diesem Vertrag beigefügten Protokolle sind Bestandteil dieses Vertrags.

#### **Artikel F: Verfahren zur Änderung des Verfassungsvertrags**

Die Regierung jedes Mitgliedstaats oder die Kommission kann dem Rat Entwürfe zur Änderung des Verfassungsvertrags vorlegen. Diese Entwürfe werden den einzelstaatlichen Parlamenten mitgeteilt.

Gibt der Rat nach Anhörung des Europäischen Parlaments und gegebenenfalls der Kommission eine Stellungnahme zugunsten des Zusammentritts einer Konferenz von Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten ab, so wird diese vom Präsidenten des Rates einberufen, um die an dem Verfassungsvertrag vorzunehmenden Änderungen zu vereinbaren. Bei institutionellen Änderungen im Währungsbereich wird auch die Europäische Zentralbank gehört.

Die Änderungen treten in Kraft, nachdem sie von allen Mitgliedstaaten gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften ratifiziert worden sind.

## **Artikel G: Annahme, Ratifikation und Inkrafttreten des Verfassungsvertrags**

- (1) Dieser Verfassungsvertrag bedarf der Ratifikation durch die Hohen Vertragsparteien gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften. Die Ratifikationsurkunden werden bei der Regierung der Italienischen Republik hinterlegt.
- (2) Dieser Verfassungsvertrag tritt am ... in Kraft, sofern alle Ratifikationsurkunden hinterlegt worden sind, oder andernfalls am ersten Tag des auf die Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde folgenden Monats.
- (3) Falls nach Ablauf von zwei Jahren nach der Unterzeichnung des Verfassungsvertrags vier Fünftel der Mitgliedstaaten den Verfassungsvertrag ratifiziert haben und in einem oder mehreren Mitgliedstaaten Schwierigkeiten bei der Ratifikation aufgetreten sind, so befasst sich der Europäische Rat mit der Frage.

## **Artikel H: Geltungsdauer**

Der Verfassungsvertrag gilt auf unbegrenzte Zeit.

## **Artikel I: Sprachen <sup>1</sup>**

Der Verfassungsvertrag ist in einer Urschrift in dänischer, deutscher, englischer, finnischer, französischer, griechischer, irischer, italienischer, niederländischer, portugiesischer, schwedischer, spanischer und ... Sprache abgefasst, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; er wird im Archiv der Regierung der Italienischen Republik hinterlegt; diese übermittelt der Regierung jedes anderen Unterzeichnerstaats eine beglaubigte Abschrift.

---

<sup>1</sup> Dieser Artikel muss der Beitrittsakte angepasst werden.

## ÜBERSEEISCHE LÄNDER UND HOHEITSGEBIETE

auf welche die Bestimmungen des [vierten Teils] des Verfassungsvertrags Anwendung finden

- Grönland
- Neukaledonien und Nebengebiete
- Französisch-Polynesien
- Französische Süd- und Antarktisgebiete
- Wallis und Futuna
- Mayotte
- St. Pierre und Miquelon
- Aruba
- Niederländische Antillen
  - Bonaire
  - Curaçao
  - Saba
  - Sint Eustatius
  - Sint Maarten
- Anguilla
- Kaimaninseln
- Falklandinseln
- Südgeorgien und südliche Sandwichinseln
- Montserrat
- Pitcairn
- St. Helena und Nebengebiete
- Britisches Antarktis-Territorium
- Britisches Territorium im Indischen Ozean
- Turks- und Caicosinseln
- Britische Jungferninseln
- Bermuda

---

\* In Artikel C vorgesehener [Anhang II des EGV].

### TEIL III: ALLGEMEINE UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

#### Anmerkungen zu den Artikeln

#### **Artikel A: Aufhebung der früheren Verträge**

Am Tag des Inkrafttretens des Verfassungsvertrags werden der Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft vom 25. März 1957, die Einheitliche Akte vom 17. Februar 1986, der Vertrag über die Europäische Union vom 7. Februar 1992 sowie der Vertrag von Amsterdam vom 2. Oktober 1997 und der Vertrag von Nizza vom 26. Februar 2001 aufgehoben. Ferner werden die im Anhang genannten Rechtsakte und Verträge aufgehoben.

#### ***Anmerkung:***

*Zweck dieses Artikels ist die Aufhebung des Römischen Vertrags von 1957 (EGV), der Einheitlichen Akte von 1986, des Vertrags über die Europäische Union von 1993 (EUV) sowie der Verträge von Amsterdam und Nizza und aller weiteren Änderungsverträge, soweit deren Bestimmungen durch die Bestimmungen des Verfassungsvertrags ersetzt werden.*

*Es wird vorgeschlagen, auf einen Anhang Bezug zu nehmen, in dem die übrigen Verträge und Rechtsakte zur Änderung des EGV und des EUV, die infolge des Inkrafttretens der Verfassung aufgehoben werden müssen, aufgeführt sind.*

*Die Erstellung eines derartigen Anhangs ist keine leichte Aufgabe, da zu diesem Zweck sämtliche Verträge zur Änderung des EGV und des EUV sowie die Beitrittsakte daraufhin geprüft werden müssen, ob diese weiterhin anwendbare Bestimmungen enthalten, die entweder an geeigneter Stelle in die Verfassung aufgenommen werden oder gesondert in Kraft bleiben müssten.*

*Es wird vorgeschlagen, dass der Konvent diese Liste nicht erstellt, sondern den Europäischen Rat daraufhinweist, dass dies vor Abschluss der Arbeiten der Regierungskonferenz geschehen muss.*

## **Artikel B: Rechtliche Kontinuität im Verhältnis zur Europäischen Gemeinschaft und zur Europäischen Union**

Die Europäische Union tritt die Rechtsnachfolge der Europäischen Gemeinschaften und der Union in allen ihren internen und aus internationalen Übereinkommen erwachsenden Rechten und Pflichten an, die sich vor Inkrafttreten des Verfassungsvertrags aus den früheren Verträgen, Protokollen und Rechtsakten ergeben haben; sie übernimmt ferner das gesamte Aktiv- und Passivvermögen der Gemeinschaften und der Union sowie deren Archive.

Die Bestimmungen der Rechtsakte der Organe der Union, die aufgrund der in Absatz 1 genannten Verträge und Rechtsakte angenommen wurden, gelten weiter, soweit sie mit der Verfassung in Einklang stehen. Die Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften ist weiterhin maßgeblich für die Auslegung der Verfassung und der vor ihrem Inkrafttreten angenommenen Rechtsakte.

### ***Anmerkung:***

*Mit dieser Bestimmung soll die Übernahme der Rechte und Pflichten der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Union durch die neue Einheit "Europäische Union" sowie die Aufrechterhaltung des am Tag des Inkrafttretens des Verfassungsvertrags geltenden Besitzstands (internationale Übereinkommen, abgeleitetes Recht, Rechtsprechung, Rechte und Pflichten Dritter) für den Fall geregelt werden, dass alle Mitgliedstaaten den Verfassungsvertrag ratifiziert haben.*

*Es wird vorgeschlagen, in diesem Artikel den Grundsatz der Rechtsnachfolge aufzustellen und die Liste mit den Nummern der Rechtsakte, die von der neuen Einheit zu übernehmen sind, in ein Protokoll aufzunehmen.*

*Es wird vorgeschlagen, dass der Konvent dieses Protokoll nicht erstellt, sondern den Europäischen Rat darauf hinweist, dass dies vor Abschluss der Arbeiten der Regierungskonferenz geschehen muss.*

## Artikel C: Geltungsbereich

(1) Der Verfassungsvertrag gilt für das Königreich Belgien, das Königreich Dänemark, die Bundesrepublik Deutschland, die Hellenische Republik, das Königreich Spanien, die Französische Republik, Irland, die Italienische Republik, das Großherzogtum Luxemburg, das Königreich der Niederlande, die Republik Österreich, die Portugiesische Republik, die Republik Finnland, das Königreich Schweden und das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland und ...

(2) Der Verfassungsvertrag gilt gemäß Artikel ... des Teils II für die französischen überseeischen Departements, die Azoren, Madeira und die Kanarischen Inseln.

(3) Für die in [Anhang II des EGV] aufgeführten überseeischen Länder und Hoheitsgebiete gilt das besondere Assoziierungssystem, das im [vierten Teil des EGV] Teil des Verfassungsvertrags festgelegt ist.

Der Verfassungsvertrag findet keine Anwendung auf die überseeischen Länder und Hoheitsgebiete, die besondere Beziehungen zum Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland unterhalten und die in dem genannten Anhang nicht aufgeführt sind.

(4) Der Verfassungsvertrag findet auf die europäischen Hoheitsgebiete Anwendung, deren auswärtige Beziehungen ein Mitgliedstaat wahrnimmt.

(5) Der Verfassungsvertrag findet entsprechend den Bestimmungen des Protokolls Nr. 2 zur Akte über die Bedingungen des Beitritts der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden auf die Ålandinseln Anwendung.

(6) Abweichend von den vorstehenden Absätzen gilt:

a) Der Verfassungsvertrag findet auf die Färöer keine Anwendung.

b) Der Verfassungsvertrag findet auf die Hoheitszonen des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland auf Zypern keine Anwendung.

c) Der Verfassungsvertrag findet auf die Kanalinseln und die Insel Man nur insoweit Anwendung, als dies erforderlich ist, um die Anwendung der Regelung sicherzustellen, die in dem am 22. Januar 1972 unterzeichneten Vertrag über den Beitritt neuer Mitgliedstaaten zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zur Europäischen Atomgemeinschaft für diese Inseln vorgesehen ist.

### **Anmerkung:**

*Diese Bestimmung entspricht Artikel 299 EGV (mit den notwendigen technischen Änderungen), mit Ausnahme des Absatzes 2 Unterabsatz 2 jenes Artikels. Da es sich um eine Rechtsgrundlage handelt, wurde nämlich die Auffassung vertreten, dass dieser Unterabsatz besser zusammen mit den anderen Rechtsgrundlagen in Teil II der Verfassung aufgenommen würde.*

*Der Konvent wird darauf hingewiesen, dass Artikel 299 EGV nicht für den EUV gilt. Folglich wirft der Umstand, dass das Wort "Vertrag" in dieser Bestimmung durch "Verfassungsvertrag" ersetzt wurde, die Frage nach dem Geltungsbereich des Verfassungsvertrags auf.*

*Diese Bestimmung muss nach Inkrafttreten der Beitrittsverträge angepasst werden.*

## **Artikel D: Regionale Zusammenschlüsse**

Dieser Verfassungsvertrag steht dem Bestehen und der Durchführung der regionalen Zusammenschlüsse zwischen Belgien und Luxemburg sowie zwischen Belgien, Luxemburg und den Niederlanden nicht entgegen, sofern die Ziele dieser Zusammenschlüsse durch die Anwendung dieses Verfassungsvertrags nicht erreicht sind.

### ***Anmerkung:***

*Diese Bestimmung entspricht dem Artikel 306 EGV. Im Rahmen etwaiger späterer Beratungen über die intensivierte Zusammenarbeit könnte der Konvent die Tragweite dieses Artikels und/oder seine Verknüpfung mit der Regelung für die intensivierte Zusammenarbeit erörtern. Vorerst wird jedoch empfohlen, den Wortlaut des Artikels unverändert beizubehalten.*

## **Artikel E : Protokolle**

Die diesem Vertrag beigefügten Protokolle sind Bestandteil dieses Vertrags.

### ***Anmerkung:***

*Diese Bestimmung entspricht einer bereits geltenden Bestimmung des EUV und des EGV. Die derzeitigen, dem EUV oder dem EGV sowie die beiden Verträgen beigefügten Protokolle sollten auch dem neuen Verfassungsvertrag beigefügt werden.*

*Der Konvent könnte der Regierungskonferenz nahe legen, sich mit der Frage zu befassen, was mit den Protokollen geschehen soll.*

## Artikel F: Verfahren zur Änderung des Verfassungsvertrags

(1) Die Regierung jedes Mitgliedstaats oder die Kommission kann dem Rat Entwürfe zur Änderung des Verfassungsvertrags vorlegen. Diese Entwürfe werden den einzelstaatlichen Parlamenten mitgeteilt. Gibt der Rat nach Anhörung des Europäischen Parlaments und gegebenenfalls der Kommission eine Stellungnahme zugunsten des Zusammentritts einer Konferenz von Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten ab, so wird diese vom Präsidenten des Rates einberufen, um die an dem Verfassungsvertrag vorzunehmenden Änderungen zu vereinbaren. Bei institutionellen Änderungen im Währungsbereich wird auch die Europäische Zentralbank gehört. Die Änderungen treten in Kraft, nachdem sie von allen Mitgliedstaaten gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften ratifiziert worden sind.

### Anmerkung:

1. *In diesen Artikel ist Artikel 48 EUV übernommen. Entsprechend dem Vorschlag der Gruppe "Einzelstaatliche Parlamente" kann in Betracht gezogen werden, in diese Bestimmung einen zweiten Absatz mit folgendem Wortlaut aufzunehmen:*

"Die Konferenz der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten kann im Rahmen eines Konvents, der vom Präsidenten des Europäischen Rates einberufen wird und der sich aus Vertretern der einzelstaatlichen Parlamente, der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten sowie des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission zusammensetzt, vorbereitet werden. Zum Abschluss seiner Beratungen verständigt sich der Konvent auf eine an die Konferenz der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zu richtende Empfehlung."

2. *Der Konvent wird ferner auf folgende Aspekte aufmerksam gemacht:*

- *Falls der Konvent ein anderes Verfahren als dasjenige prüfen möchte, das in Artikel 48 EUV vorgesehen ist oder derzeit bei der Ausarbeitung der Verfassung angewandt wird, so müsste vorab allerdings eine Reihe von Fragen im Zusammenhang mit dem Verfahren geklärt werden:*

*Sollte die Verfassung vom Rat geändert werden können oder wie bisher nur von der Konferenz der Vertreter der Mitgliedstaaten?*

- a) *Von wem sollte die Initiative für eine solche Änderung ausgehen?*
  - b) *Sollte die Verfassung mit qualifizierter Mehrheit oder nur einstimmig geändert werden können?*
  - c) *In welcher Weise sollten die Kommission und das Europäische Parlaments beteiligt werden?*
  - d) *In welcher Weise sollten die einzelstaatlichen Parlamente beteiligt werden?*
  - e) *Welche Aufgaben sollte der Kongress übernehmen, sofern er eingeführt wird?*
- *Entscheidet sich der Konvent für ein anderes Verfahren als das des Artikels 48 EUV, so könnte er prüfen, ob nicht ein Verfahren eingeführt werden kann, nach dem bei sehr begrenzten Änderungen lediglich auf die Regierungskonferenz zurückgegriffen würde. Er könnte ferner prüfen, ob in einigen Bestimmungen vorgesehen werden sollte, dass diese vom Rat oder vom Europäischen Rat einstimmig oder mit qualifizierter Mehrheit geändert werden können, wie dies bereits jetzt in einigen Fällen (beispielsweise in Artikel 213 EGV in Bezug auf die Anzahl der Kommissionsmitglieder) der Fall ist.*
  - *Diese Bestimmung wirft die Frage auf, welche Konsequenzen es nach sich zieht, wenn ein Mitgliedstaat eine Vertragsrevision nicht ratifiziert.*

## **Artikel G: Annahme, Ratifikation und Inkrafttreten des Verfassungsvertrags**

- (1) Dieser Verfassungsvertrag bedarf der Ratifikation durch die Hohen Vertragsparteien gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften. Die Ratifikationsurkunden werden bei der Regierung der Italienischen Republik hinterlegt.
- (2) Dieser Verfassungsvertrag tritt am ... in Kraft, sofern alle Ratifikationsurkunden hinterlegt worden sind, oder andernfalls am ersten Tag des auf die Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde folgenden Monats.
- (3) Falls nach Ablauf von zwei Jahren nach der Unterzeichnung des Verfassungsvertrags vier Fünftel der Mitgliedstaaten den Verfassungsvertrag ratifiziert haben und in einem oder mehreren Mitgliedstaaten Schwierigkeiten bei der Ratifikation aufgetreten sind, so befasst sich der Europäische Rat mit der Frage.

### **Anmerkung:**

*Diese Bestimmung ist aus Artikel 52 EUV und Artikel 313 EGV übernommen.*

*In Artikel 48 EUV, in dem das Verfahren zur Änderung des Vertrags festgelegt ist, heißt es: "Die Änderungen treten in Kraft, nachdem sie von allen Mitgliedstaaten gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften ratifiziert worden sind"; danach kann der Verfassungsvertrag erst in Kraft treten, wenn er von allen Mitgliedstaaten, die ihn unterzeichnet haben, ratifiziert worden ist. Würde also zumindest einer der Unterzeichnerstaaten den Verfassungsvertrag nicht ratifizieren, könnte dieser nicht in Kraft treten und die derzeit geltenden Verträge hätten weiterhin Gültigkeit.*

*In diesem Fall hätten die Mitgliedstaaten und die Unionsorgane die politischen Folgen zu ermes-sen. Dieser Artikel enthält eine in den bisherigen Verträgen nicht vorgesehene Bestimmung (Absatz 3), die auf die Eventualität abstellt, dass nach Ablauf einer Frist von zwei Jahren ein oder mehrere Mitgliedstaaten ihre internen Ratifizierungsverfahren aus welchen Gründen auch immer nicht abgeschlossen haben. Der Europäische Rat hätte dann die entsprechenden politischen Folgen zu ermes-sen.*

*In einigen der dem Konvent vorgelegten Beiträge wird vorgeschlagen, dass der Verfassungs-vertrag - unabhängig von dem Verfahren des Artikels 48 EUV - für diejenigen Staaten, die ihn ratifiziert hätten, in Kraft tritt, wenn eine im Verfassungsvertrag selbst festzulegende Schwelle erreicht wäre (vgl. Artikel x+6 (§ 2) des PPE-Textes; Artikel 6 Absätze 2 und 3 des Übereinkom-mens über das Inkrafttreten des Vertrags über die Verfassung der Europäischen Union, das in dem von der Kommission vorgelegten Verfassungsentwurf vorgesehen ist; Artikel 47 des Spinelli-Entwurfs).*

*Aus rechtlicher Sicht ist diese Möglichkeit zwar in Artikel 24 der Wiener Vertragsrechtskonvention vorgesehen ("Ein Vertrag tritt in der Weise und zu dem Zeitpunkt in Kraft, die er vorsieht oder die von den Verhandlungsstaaten vereinbart werden."), wirft aber für den Fall, dass ein oder mehrere Unterzeichnerstaaten den Verfassungsvertrag nicht ratifizieren, Probleme im Hinblick auf die früheren Verträge auf. So stellt sich im Falle der Nichtratifizierung durch einen oder mehrere Unterzeichnerstaaten die Frage, was aus den bisherigen Verträgen wird. Nun kann gemäß der Wiener Vertragsrechtskonvention (Artikel 54) ein Vertrag nur nach Maßgabe der Vertragsbestim-mungen oder durch Einvernehmen zwischen allen Vertragsparteien beendet werden. Da die bisherigen Verträge keine Bestimmung über ihre Beendigung enthalten, können sie nur durch Ein-vernehmen aller Mitgliedstaaten, die Vertragsparteien sind (d.h. derzeit 15 Mitgliedstaaten und nach Inkrafttreten der Beitrittsverträge 25 Mitgliedstaaten), beendet werden. Erfolgt keine Beendi-gung der früheren Verträge durch Einvernehmen aller Mitgliedstaaten der Union, bleiben die früheren Verträge in Kraft.*

**Artikel H: Geltungsdauer**

Der Verfassungsvertrag gilt auf unbegrenzte Zeit.

**Anmerkung:**

*Diese Bestimmung ist aus Artikel 51 EUV und Artikel 312 EGV übernommen.*

## **Artikel I: Sprachen<sup>1</sup>**

Der Verfassungsvertrag ist in einer Urschrift in dänischer, deutscher, englischer, finnischer, französischer, griechischer, irischer, italienischer, niederländischer, portugiesischer, schwedischer, spanischer und ... Sprache abgefasst, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; er wird im Archiv der Regierung der Italienischen Republik hinterlegt; diese übermittelt der Regierung jedes anderen Unterzeichnerstaats eine beglaubigte Abschrift.

### ***Anmerkung:***

*Diese Bestimmung ist aus Artikel 53 EUV und Artikel 314 EGV übernommen. Nach Inkrafttreten der Beitrittsverträge muss sie entsprechend angepasst werden.*

---

<sup>1</sup> Dieser Artikel muss der Beitrittsakte angepasst werden.

## **ABSCHLIESSENDE ERWÄGUNGEN**

*Der Konvent wird auf drei Punkte hingewiesen:*

- 1. Einige Bestimmungen, die sich derzeit im Sechsten Teil des EGV befinden ("Allgemeine und Schlussbestimmungen"), sollten in einen speziellen Abschnitt in Teil II des Verfassungsvertrags aufgenommen werden, soweit sie nicht in andere Abschnitte des Teils II übernommen werden.*
- 2. Artikel 46 EUV, der zu den Schlussbestimmungen des EUV gehört, sollte unter der Rubrik "Gerichtshof" in Teil II aufgenommen werden. Er sollte im Übrigen geändert werden, um der Fusion der Verträge und ggf. den Schlussfolgerungen des "Think tank" des Gerichtshofes Rechnung zu tragen. Einige Teile dieser Bestimmung, wie z.B. Buchstabe e, sollten beibehalten werden, wenn die derzeitige Situation bestehen bleiben soll.*
- 3. Was Artikel 47 EUV betrifft, der auch zu den Schlussbestimmungen des EUV gehört, so sollten dessen Beibehaltung, Platzierung und etwaige Änderung vom Konvent ebenfalls geprüft werden, sobald der genaue Inhalt der Bestimmungen der Verfassung für den Bereich der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik feststeht.*

**ÜBERSEEISCHE LÄNDER UND HOHEITSGEBIETE**

auf welche die Bestimmungen des [vierten Teils] des Verfassungsvertrags Anwendung finden

- Grönland
- Neukaledonien und Nebengebiete
- Französisch-Polynesien
- Französische Süd- und Antarktisgebiete
- Wallis und Futuna
- Mayotte
- St. Pierre und Miquelon
- Aruba
- Niederländische Antillen
  - Bonaire
  - Curaçao
  - Saba
  - Sint Eustatius
  - Sint Maarten
- Anguilla
- Kaimaninseln
- Falklandinseln
- Südgeorgien und südliche Sandwichinseln
- Montserrat
- Pitcairn
- St. Helena und Nebengebiete
- Britisches Antarktis-Territorium
- Britisches Territorium im Indischen Ozean
- Turks- und Caicosinseln
- Britische Jungferninseln
- Bermuda

---

\* In Artikel C vorgesehener [Anhang II des EGV].